



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 168. Ratssitzung vom 11. Dezember 2025

5539. 2025/391

Weisung vom 10.09.2025:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudgetverordnung (GBVO), Teilrevision

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 167, Beschluss-Nr. 5539/2025).

Beschlüsse:

PRÄSIDIALDEPARTEMENT

Antrag 007.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag (AL): *Phänomena ist eine Bildungsinitiative mit einem Erlebniscampus zu wissenschaftlichen Themen der Umwelt. So war es zumindest vorgesehen. Als Plattform des Kantons, der Stadt und der Hochschulen von Zürich soll Phänomena Brücken zwischen Wissenschaft und Gesellschaft bauen. Eine breite Bevölkerung soll teilnehmen und den Campus mitgestalten. In der Budgetberatung hat sich gezeigt, dass die Organisator*innen das ursprüngliche Konzept der Phänomena nicht realisieren konnten und es angepasst werden muss. Die Konzeptänderung ist für die Stadt Zürich, den Kanton und den Bund von unterschiedlicher Relevanz. Die Austragung in Dietikon ist für die Stadt sehr relevant, für den Kanton weniger, für den Bund gar nicht. Es gab Veränderungen zum Durchführungsort, zur Durchführungsdauer, zum Zeitraum und zur Präsentation der Themen. Die Phänomena findet nicht sieben Monate am Stück stationär in Dietikon statt, sondern während sieben Monaten über fünf Jahre verteilt an verschiedenen Orten in der Schweiz. Die Präsentation der einzelnen Themen wird nicht gleichzeitig stattfinden, was stark vom ursprünglichen didaktischen Konzept abweicht. Die Ausstellung wird also auf Tour gehen, jeweils vier bis acht Wochen an wechselnden Orten verweilen und jedes Jahr eine neue Erlebniswelt präsentieren. Das bedeutet, dass die Ausstellung in Dietikon nicht mehr sieben Monate am Stück, sondern fünf Jahre lang jeweils*



für sechs Wochen stattfinden wird. Das Präsidialdepartement und sein Rechtsdienst haben das neue Konzept geprüft: Es erfüllt weiterhin die in der Weisung GR Nr. 2022/226 enthaltenen Anforderungen. Die Kernpunkte sind als gleichwertig zu beurteilen. Kritisch sehen sie, dass die Aufteilung nicht ganz dem entspricht, was wir ursprünglich wollten und der wirtschaftliche Nutzen für die Stadt deutlich geringer ist. Fraglich ist auch, ob der Nutzen für die Schulen tatsächlich gegeben ist. Folgende Postulatsanliegen, die mit der Weisung eingereicht wurden, werden im Konzept möglichst berücksichtigt: die Bereitstellung von Informationen zur Phänomena in Gebärdensprache und für hörbehinderte Menschen sowie die Ermässigung der Ticketpreise für Wenigverdienende. Das reicht einer kleinen Minderheit der Rechnungsprüfungskommission nicht. Wir finden die Abweichung beträchtlich und empfehlen darum, den geplanten Betrag im Budget 2026 zu streichen. Der AL ist das wichtig. Wir haben dieser Ausstellung trotz Vorbehalten zugestimmt, erkennen aber jetzt eine starke Abweichung von der ursprünglichen Idee.

Markus Haselbach (Die Mitte): Das ursprüngliche Konzept der Phänomena, eine stationäre Ausstellung in Dietikon, liess sich nicht realisieren. Es musste angepasst werden. Nach dem neuen Konzept ist die Ausstellung während fünf Jahren insgesamt sieben Monate in der Schweiz unterwegs. Das Präsidialdepartement hat geprüft, ob das neue Konzept den Zielsetzungen von GR Nr. 2022/226 entspricht. Wie Tanja Maag (AL) gesagt hat, ist dies der Fall. In Übereinstimmung mit der Beurteilung durch die Institutionen des Bundes und des Kantons Zürich, die das Vorhaben weiterhin unterstützen, ist der Rechtsdienst des Departements zum Schluss gekommen, dass die Anforderungen weiterhin erreicht werden und daher keine wesentliche Änderung vorliegt. Dieser Einschätzung schliesst sich die Kommissionsmehrheit an. Wichtig ist auch, dass Dietikon nicht mehr der einzige, aber weiterhin ein Standort ist, sodass Zürcher Schulen davon profitieren können. Darum wollen wir die Beträge der Stadt Zürich nicht streichen.

S. 141	15 1500 3636 00 488	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Departementssekretariat PHÄNOMENA: Beiträge			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
007.	Antrag Stadtrat			200 000 Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
		200 000		0 Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)



Begründung: Das Ausstellungskonzept weicht signifikant vom Gemeinderatsbeschluss zu GR Nr. 2022/226 ab. Obwohl Voraussetzungen für die städtischen Zahlungen definiert sind, müssen Differenzen vom ursprünglichen Konzept in Kauf genommen werden. Die Änderung des Ausstellungsorts ist z. B. ein sehr relevanter Unterschied für die Stadt Zürich.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 008.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Haselbach (Die Mitte): Bei der Dienstabteilung Stadtentwicklung (STEZ) ist eine signifikante Stellenzunahme budgetiert. So sind 1,5 Stellen zusätzlich für «Nutzendenzentrierung städtischer Dienstleistungen und Prozesse» vorgesehen. Nutzendenzentrierung heisst ungefähr, dass die Bedürfnisse der Benutzer einer Anwendung zentral sind. Der Benutzer soll die Anwendung einfach verstehen und zu seinem Nutzen verwenden können. Das ist eigentlich nichts Neues, denn eine Anwendung, die dem Nutzer keinen Nutzen bringt, ist nutzlos. Das heisst, dass Nutzendenzentrierung bisher schon praktiziert wurde, bloss ohne diesen Begriff dafür zu verwenden. Es ist richtig, dass darauf noch stärker geachtet wird. Dafür sollte aber eine zusätzliche Stelle reichen. Die Kommissionsminderheit beantragt, die Stellenzunahme auf 1 Stelle zu reduzieren.

Tanja Maag (AL): Ich habe zu Beginn nicht verstanden, was «Nutzendenzentrierung» bedeutet. Markus Haselbach (Die Mitte) hat es erklärt. Wir finden trotzdem, dass es an den Haaren herbeigezogen ist, diese Stelle zur Hälfte zu streichen. Das Ziel dieser Ressourcen ist eigentlich sinnvoll. Städtische Dienstleistungen und Prozesse können so gestaltet werden, dass sie einfacher und schneller nutzbar sind für diejenigen, die davon profitieren sollten. Die STEZ durchläuft grosse Veränderungen. STR Raphael Golta sollte das sechs Jahre alte Strategieleitbild im Jahr 2026 überarbeiten lassen.

S. 143	15 1505 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				Stimmen
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		
008.	Antrag Stadtrat			6 692 600	Mehrheit	Tanja Maag (AL) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)



50 000

6 642 600 Minderheit

Markus Haselbach
(Die Mitte) Referat, Vize-
präsidium Martin Bürki
(FDP), Përparim Avdili
(FDP), Johann Widmer
(SVP)

Begründung: Reduktion einer halben Stelle «Nutzendenzentrierung städtischer Dienstleistungen und Prozesse»

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 009.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Martin Bürki (FDP): Die Abteilung Smart City will mit Pilotversuchen und neuen Technologien Innovationen fördern, die Nutzendenzentrierung städtischer Dienstleistungen und Prozesse weiter verbessern und die digitale Transformation vorantreiben. Das klingt hochtrabend, ist aber relativ schwammig. In den Fragerunden wurde nur ein Beispiel präsentiert: Die Rückfragen im Online-Shop des Sportamts konnten um 80 Prozent reduziert werden. Das ist schön, aber schlussendlich hat die Abteilung bloss einen defekten Webshop repariert. Es gibt weiteres, das man in Zürich flicken müsste, wie die ERZ-Coupons, die Auflagen für Quartiervereine oder die Kulturbürokratie, die mehr als der Kulturbetrieb kostet. Dieser Leistungsausweis überzeugt uns nicht. Wir möchten keine weiteren Stellen genehmigen und beantragen eine Reduktion um 1,5 Stellen.

Sven Sobernheim (GLP): Ginge es nur um die Nutzendenzentrierung, wäre dieser Antrag identisch mit Antrag 8. Es geht aber um die gesamte Abteilung Smart City. Somit ist das genannte Beispiel für Nutzendenzentrierung nicht alles, was die neue Stelle bewirken soll. Smart City beinhaltet ganz viel, wie den Innovationskredit, das Innovation Fellowship, in dessen Rahmen Leute aus der Privatwirtschaft eine kurze Zeit bei der Verwaltung arbeiten und einen Input von aussen einbringen, oder das Projekt Digi+, das kleine Dienstabteilungen digitalisieren soll. Innerhalb dieses Budgets wird Digi+ aus einem Pilotprojekt in einen dauerhaften Betrieb überführt. Es stimmt also nicht, dass Smart City nichts macht. Ich stimme Tanja Maag (AL) zu, dass es wichtig ist, dass das Leitbild der Stadtentwicklung überarbeitet wird - von Serap Kahriman (GLP).

Weitere Wortmeldung:

Leah Heuri (SP): Wir wechseln von der technischen Enthaltung in die Ablehnung.



5 / 33

S. 143	15 1505 3010 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
009.	Antrag Stadtrat				6 692 600 Minderheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Felix Moser (Grüne)
			150 000		6 542 600 Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Trotz jahrelanger Smart-City-Aktivitäten gibt es erst ein konkretes Beispiel: die Reduktion von Rückfragen bei der Bestellung eines Sportabos. Weitere angekündigte Ideen bleiben vage, der konkrete Nutzen ist nicht ersichtlich. Unter diesen Umständen lohnt es sich derzeit nicht, weiter zu investieren oder das Angebot auszubauen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 79 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 010.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tanja Maag (AL): Der Brückenschlag Zürich – Amed/Diyarbakır gibt uns die Chance, im Rahmen einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit voneinander zu lernen. In der ersten Februarwoche 2025 hat uns Serra Bucak von der Partei für Gleichheit und Demokratie des Volkes, Co-Bürgermeisterin von Amed/Diyarbakır, mit einer offiziellen Delegation in Zürich besucht. Sie hat mit ihren Begleiter*innen einige Fraktionen besucht und die Ratssitzung vom 5. Februar 2025 mit einer Grussbotschaft eröffnet. Serra Bucak und ihr Team leisten grossartige Arbeit. Mit den Menschen in Amed/Diyarbakır arbeiten sie beharrlich an demokratischen Strukturen und verfolgen mit ihrem politischen Programm eine klare Vision: eine solidarische, offene, geschlechtergerechte Gesellschaft im ökologischen Wandel. Sie tun dies nach wie vor unter sehr schwierigen Bedingungen. Mit dem Beschlussantrag GR Nr. 2025/417 hoffen wir auf einen Gegenbesuch einer Gemeinderatsdelegation im Jahr 2026. Das ist bald, aber nicht unbedingt unrealistisch. Das Komitee des Brückenschlags hat im Verlauf der letzten Jahre konstant wertvolle Arbeit geleistet und soll beim Besuch dabei sein. Darum beantragen wir den Betrag von 10 000 Franken, um dem Komitee einen Bettelgang zu ersparen.



Markus Haselbach (Die Mitte): Wie gesagt wurde dieses Jahr mittels Beschlussantrag vereinbart, dass die Parlamentsdienste die Reise einer Delegation des Gemeinderats nach Diyarbakır organisieren sollen. Der vorliegende Antrag verlangt, dass auch die Reise von ein bis zwei Personen von ausserhalb des Gemeinderats mit Steuergeldern finanziert wird. Es handelt sich um Mitglieder des Brückenschlags Zürich. Dafür sieht der Stadtrat kein Geld im Budget 2026 vor. Eine Minderheit sieht es nicht als Aufgabe der Stadt, die Reise für Begleitpersonen zu finanzieren und lehnt den Antrag darum ab.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Im Beschlussantrag hiess es noch, die Delegation wolle mit dem Zug reisen. Das klang bescheiden. Jetzt wollen Sie für die Reise für ein bis zwei Personen 10 000 Franken budgetieren. Was wollen Sie von diesem Geld kaufen, First-Class-Flüge, Viergangmenüs, Goldbarren als Mitbringsel? Das sind 5000 Franken pro Person bei zwei Personen. Daher unser Vorwurf, Sie wollen sich eine Woche Ferien gönnen.

Yves Henz (Grüne): Der Brückenschlag wurde vor einigen Jahren von diesem Rat gegründet und ist durch diesen legitimiert. Der Brückenschlag leistet wichtige politische Arbeit im Bereich Demokratieförderung und Austausch. Die Unterstellung der SVP, diese politische Arbeit sei von Korruption befangen, ist haltlos und problematisch. Die SVP sollte, was Demokratieförderung angeht, der eigenen Partei auf die Finger schauen.

Michele Romagnolo (SVP): Ich bin enttäuscht von dem, was hier abläuft. Wenn ihr in der Türkei Ferien machen wollt, könnt ihr das selbst finanzieren. Dann könnt ihr so viele Leute mitnehmen, wie ihr wollt. Es gäbe ausserdem andere Möglichkeiten, mit Menschen in der Türkei zu kommunizieren, zum Beispiel online.

S. 146	15 1505 3636 00 898	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Übrige Betriebsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
010.	Antrag Stadtrat				657 000 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
				10 000	667 000 Mehrheit	Tanja Maag (AL) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Begleitung der Gemeinderatsdelegation des Brückenschlags durch 1–2 Personen des Komitees Brückenschlag			



Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 011.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Yves Henz (Grüne): Die Anzahl Kriege und bewaffneter Konflikte auf der Welt nimmt zu. In diesem Moment sind es über 100 bewaffnete Konflikte. Dieses Jahr sind vor allem wegen dieser Konflikte über 120 Millionen Menschen auf der Flucht. Das ist ein historischer Rekordwert. Es sind mehr als doppelt so viele Menschen auf der Flucht wie noch vor zehn Jahren. Die UN geht davon aus, dass im Jahr 2025 über 300 Millionen Menschen weltweit auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Unser Antrag ist simpel: Er geht davon aus, dass jedes Menschenleben gleich viel zählt. Auch wir in Zürich tragen Verantwortung und müssen mithelfen, das Leid auf der Welt zu mindern und Menschenleben zu retten, ob in Palästina, im Sudan, im Kongo, in Myanmar oder in Syrien. Jedes Menschenleben zählt, egal, wo es geboren wurde. Als Zürcher*innen, als Grüne, als Internationalist*innen, als Junge und Alte, als Kinder und Eltern und vor allem als Menschen bitte ich Sie zuzustimmen. Ein Menschenleben ist mehr wert als alle Reichtümer dieser Welt.

Sven Sobernheim (GLP): Ich erinnere daran, dass wir letztes Jahr das Budget von einer Million Franken auf 2 Millionen Franken erhöht haben. Wir beantragen nun eine Erhöhung von 2 Millionen Franken auf 3,5 Millionen Franken. Es handelt sich dabei um eine deutliche Erhöhung gegenüber dem Wert von vor zwei Jahren. Wir halten das aber für massvoll. In diesem Bereich kann man nicht zu viel oder zu wenig budgetieren. Es geht mehr darum, dem Stadtrat zu signalisieren, wie viel Engagement wir von ihm erwarten.

Markus Haselbach (Die Mitte): Mit Geld von diesem Konto werden bisher qualitativ hochstehende Projekte von mehrheitlich schweizerischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) unterstützt. Diese können versichern, dass die geleistete Hilfe die Menschen direkt erreicht. Die humanitäre Lage ist weltweit vielerorts katastrophal. Subjektiv erwecken die Informationen, die bei uns ankommen, den Eindruck, dass sich die Situation verschlechtert hat. Der Stadtrat hat 2 Millionen Franken budgetiert. Das klingt nach nicht viel bei 3 Milliarden Franken Steuereinnahmen und entspricht etwa 4 Franken pro Kopf. Es ist aber nicht alles, was die Zürcher NGO erhalten. Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen, das Schweizerische Rote Kreuz oder Caritas Schweiz erhalten individuelle Spenden aus der Zürcher Bevölkerung. Da diese von den Steuern abgezogen werden können, zahlt der Staat mit. Wenn jemand dem Roten Kreuz 100 Franken spendet, ist es gut möglich, dass sich dieser Betrag wegen der Steuerabzüge aus 70 Franken eigenem Geld und je 10 Franken von Stadt, Kanton und Bund zusammensetzt. Auf diese Weise



kann der Bürger bestimmen, wem staatliche Gelder zukommen. Bei den Zahlungen der Stadt bestimmt der Staat. Die Mitte/EVP-Fraktion sieht Gründe, den Betrag zu erhöhen. Aber die Bevölkerung soll mehrheitlich selbst bestimmen, wem sie Spenden zukommen lassen will. Darum schlagen wir eine moderate Erhöhung auf 2,5 Millionen Franken vor.

Pärparim Avdili (FDP): Diverse Parteien überbieten sich heute, was moralische Selbstdarstellung angeht. Wir sind nicht der UNO-Sicherheitsrat und als Gemeinderat nicht für jede Krise auf der Welt verantwortlich. Wieso verlangt ihr bloss einen Betrag von 5 Millionen Franken, wenn ihr das Thema so wichtig findet – wieso nicht gleich 11 Milliarden Franken? Mehr Geld hat die Stadt nicht. Aber auch 11 Milliarden Franken würden nicht reichen, um das Problem zu lösen. Das Ziel unseres Beitrags ist es nicht, alle Menschen der Welt zu retten, sondern ein Zeichen zu setzen und Verantwortung zu übernehmen. Sven Sobernheim (GLP) hat es erläutert. Auch er findet aber, der Betrag müsse um 1,5 Millionen Franken erhöht werden, obwohl er versteht, dass wir damit nicht viel erreichen werden. Die Stadt Zürich kann nicht jede Krise der Welt beenden. Wir können uns höchstens politisch einbringen, vor allem auf eidgenössischer Ebene. Und wir können unseren Beitrag als Gemeinde und als Kanton leisten, sowohl mit finanziellen Mitteln als auch mit Projekten. Das tut die Stadt Zürich bereits. Wir danken auch all den Privaten, die diese Projekte ebenfalls unterstützen. Darum bleiben wir bei den 2 Millionen Franken.

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): Wir stehen so gut da, dass wir den Betrag verdoppeln könnten. Es geht aber darum, ein Zeichen zu setzen, wie Pärparim Avdili (FDP) gesagt hat. Es geht darum, in einer Krisensituation etwas beizutragen. Wir haben genug. Man kann auf diese Weise helfen oder die Leute zur Selbsthilfe befähigen. Warum stellen wir nicht 11 Milliarden Franken zur Verfügung? Bitte stelle einen entsprechenden Antrag.

Johann Widmer (SVP): Die Stadt Zürich stellt für humanitäre Hilfe bereits 2 Millionen Franken im Budget ein. Als guter Mensch kann man nachvollziehen, woher der Vorschlag kommt, weitere 3 Millionen Franken freizugeben. Aber wer realistisch bleibt und die Gebiete, in die das Geld fliessen würde, kennt und bereist hat, weiss, dass die Gefahr gross ist, dass die Mittel nicht dort ankommen, wo sie sollen. Es gibt immer wieder Skandale, auch Zürcher Geld ist schon an Orten versickert und wahrscheinlich für den Kauf von Waffen benutzt worden. Ich bin nicht begeistert von der Erhöhung dieses Postens.

Yves Henz (Grüne): Während ihr uns Vorwürfe macht, vergesst ihr die Moral. Es geht um das Leben von Menschen. Einige Voten waren despektierlich: Menschenleben hierarchisch zu ordnen, wie ihr das offensichtlich tut, ist ekelhaft. Ich möchte mich auch gegen den Whataboutism der FDP wehren. Sie stellt unseriöse, plakative Behauptungen in den Raum, um sich dieser Diskussion zu entziehen und ohne sich auch nur ansatzweise damit auseinanderzusetzen, welche Beitragshöhe angebracht wäre. Die Krisen mehren sich, die Anzahl der Leute auf der Flucht verdoppelt sich. Aber ihr sagt bloss, dass wir nichts an unserer humanitären Hilfe ändern sollten. Die Probleme werden grösser, aber



wir bleiben stehen. Auf nationaler Ebene will eure Partei die Waffenausfuhrbestimmungen lockern. So wird es noch mehr Kriege geben, von denen unsere Banken, die Schweizer Waffenkonzerne und die deutschen Waffenkonzerne, die in der Schweiz angesiedelt sind, noch mehr profitieren können. Das müssen wir auf nationaler Ebene mit Referenden verhindern. Als Stadt müssen wir weiter gehen und diejenigen unterstützen, die leiden.

S. 146	15 1505 3638 00 100	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Humanitäre Hilfe im Ausland				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
011.	Antrag Stadtrat				2 000 000	Minderheit 1 Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
				3 000 000	5 000 000	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)
				1 500 000	3 500 000	Minderheit 2 Präsidium Sven Sobern- heim (GLP) Referat
				500 000	2 500 000	Minderheit 3 Markus Haselbach (Die Mitte) Referat
		Begründung:	Mehrheit: Erhöhung der humanitären Hilfe angesichts der vielen Krisen weltweit Minderheit 2: Eine massvolle Anpassung aufgrund der weltweiten Krisen ist angebracht. Minderheit 3: Die humanitäre Lage ist weltweit vielerorts katastrophal. Die vertrauenswürdigen NGO können oft nur unter sehr schwierigen Bedingungen Hilfe leisten. Die humanitäre Hilfe soll deshalb massvoll erhöht werden.			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit sowie für die Anträge der Minderheiten 2 und 3:

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(2 000 000)	33 Stimmen
Antrag Mehrheit	(5 000 000)	63 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(3 500 000)	15 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(2 500 000)	<u>8 Stimmen</u>
Total		119 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen



Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 012.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Julia Hofstetter (Grüne): Gerade jetzt und heute ist es wichtig, dass wir den Beitrag für die Entwicklungsländer erhöhen. Wir leben in einer Zeit, in der Autokraten und ihre Anhängerschaft dafür sorgen, dass grundlegende Werte der Menschlichkeit und Solidarität plötzlich nicht mehr gelten. Menschenrechte, die wir als selbstverständlich angeschaut haben, sind bedroht. Zusätzlich wird aufgerüstet und die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit werden gekürzt. Zürich muss das nicht mitmachen. Wir fordern darum, dass der Betrag für die Entwicklungszusammenarbeit um 2 Millionen Franken erhöht wird, also von 10 Millionen Franken auf 12 Millionen Franken. Wir übernehmen Verantwortung, wir sind ein Teil der Weltgemeinschaft und wir halten zusammen.

Markus Haselbach (Die Mitte): Auch bei diesem Budgetposten fliesst das Geld zum Teil über dieselben Organisationen an die Entwicklungsländer wie bei Antrag 011. In der Rechnung 2024 war der Betrag knapp 8 Millionen Franken. Im Budget 2025 und 2026 waren und sind je 10 Millionen Franken vorgesehen. Der Vorschlag des Stadtrats entspricht über mehrere Jahre gesehen einer Steigerung. 10 Millionen Franken erfüllen den Auftrag der Bevölkerung. Darum unterstützt die Minderheit den Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Ich erlaube mir einen Rückblick auf die Budgetdebatte 2025: Mit Antrag 015. forderte die linke Ratsseite eine Erhöhung des Beitrags für die Entwicklungsländer von 8 Millionen Franken auf 10 Millionen Franken. Dieses Jahr folgt eine Erhöhung auf 12 Millionen Franken. Wieso haben wir den Betrag letztes Jahr nicht gleich auf 12 Millionen Franken erhöht? Was hat sich in diesem Jahr geändert, das eine weitere Erhöhung um 2 Millionen Franken auslöst? 10 Millionen Franken befinden sich innerhalb des vom Volk bestimmten Bereichs. Wieso das nicht reicht, ist mir nicht klar.

Florian Utz (SP): Die SP unterstützt auch diesen Erhöhungsantrag. Ich weise auf den Volksentscheid zum Thema hin, der mit sehr grosser Mehrheit gefällt wurde. Laut diesem sollen jährlich zwischen 0,3 und 1 Steuerprozent in die Entwicklungshilfe fließen. Der Mittelwert dieser Bandbreite ist 0,65 Prozent, was 14 Millionen Franken entspricht. Selbst mit diesem Antrag bewegen wir uns unterhalb des Mittelwerts von dem, was das Volk beschlossen hat. Daher ist es für uns selbstverständlich, den Betrag um weitere 2 Millionen Franken zu erhöhen. In den nächsten Jahren werden weitere Erhöhungen nötig sein.



Përparim Avdili (FDP): Du hast gefragt, was innerhalb von einem Jahr passiert ist, dass zwei weitere Millionen nötig sind. Am 8. März 2026 sind Wahlen. Darum will Rot-Grün noch mehr ausgeben, noch mehr Geschenke verteilen. Sie glauben, dass man damit Wahlen gewinnt. Gerade eben bei der Volksabstimmung wurde noch versprochen, dass die Ausgaben im Rahmen der finanziellen Lage der Stadt Zürich geplant würden. Offenbar ist der Ernst der finanziellen Lage der Stadt nicht bekannt. Bei der Wohndebatte zeigt sich das immer wieder. Man kann leider in der heutigen Budgetdebatte nichts mehr ändern. Aber nach dem 8. März 2026 muss es spätestens korrigiert werden.

Samuel Balsiger (SVP): Der Sprecher der SP hat gesagt, wir müssten den Volksentscheid mit einem Mittelwert umsetzen. Vertreten Sie dieselbe Sichtweise, wenn es um Wohnungen und Velowege geht? Ich weiss genau, weshalb Sie nicht den vollen Wert ausschöpfen. Sie brauchen den Rest für die nächsten Jahre, um sich weiter als Samariter und Weltretter darzustellen. Darum können Sie nicht 20 Millionen Franken auf einmal ausgeben. Die Sprecherin der Grünen hat gesagt, dass wir zusammenhielten. Dabei geben wir Brotkrumen. Ich kaufe Ihnen nicht ab, dass Sie Solidarität zeigen wollen, wenn Sie bei 11 Milliarden Franken Budget nur 2 Millionen Franken für die Dritte Welt sprechen. Sie ist Ihnen offensichtlich nicht viel wert. Wieder zeigt sich, dass dies nur Propaganda ist und Ihnen dabei helfen soll, sich besser zu fühlen. Ihnen kommt zugute, dass es dann so wirkt, als wäre die SVP böse genug, sich gegen Frieden in Drittweltländern einzusetzen. Das Einzige, das Frieden bringt, ist Soldaten in diese Länder zu schicken.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Dass die bürgerliche Seite einen Volksentscheid nicht respektiert, ist nicht in Ordnung. Das Volk hat gesprochen, Samuel Balsiger (SVP), auch wenn es dir nicht gefällt. Wenn dir oder Përparim Avdili (FDP) die Höhe des Geldes nicht reicht, hättet ihr den Betrag im Budget erhöhen können. Das wolltet ihr nicht. Ich erinnere an die Diskussion über Gelder für Gaza. Damals habt ihr eingewendet, wieso wir dem Sudan kein Geld sprechen würden. Jetzt verweigert ihr auch das. Es ist unerträglich, was ihr hier macht. Nehmt euch an der Nase und lasst uns den Wunsch des Volks erfüllen.

S. 146	15 1505 3638 00 101	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern				Stimmen
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		
012.	Antrag Stadtrat			10 000 000	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
			2 000 000	12 000 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)



Begründung: Erhöhung der Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern im Sinne der Volksabstimmung vom 17. November 2019 (Gegenvorschlag zur 1 %-Initiative)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 013.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Die Stadt Zürich leistet sich eine Fachstelle für Gleichstellung und schafft es nicht, dass gleiche Themen nicht mehrfach bearbeitet werden. Das ist momentan kantonal, städtisch und departementsübergreifend der Fall. Das Resultat ist kein Mehrwert, sondern ein Wirrwarr an Zuständigkeiten. Trotzdem wird im nächsten Antrag suggeriert, dass die Stelle mehr Geld brauche. Aus FDP-Sicht ist das schlicht ineffizient. Gleichstellung wird nicht realer, indem man neue Stellen schafft und mehr Geld spricht, sondern wenn Zuständigkeiten geklärt, Angebote gebündelt und Doppelspurigkeiten abgebaut werden. Wir wollen eine wirksame Unterstützung, keine Symbolpolitik.*

Stefan Urech (SVP): *Wir lehnen diese Fachstelle als Ganzes ab. Wir glauben nicht an Prävention, sondern an Recht und Ordnung. Wir sind auch gegen Quoten jeglicher Art. Uns ist es egal, welches Geschlecht die Leute haben. Wir wollen einfach gute Leute, die Führungspositionen innehaben. Wir glauben an die Meritokratie. Aber selbst wenn Sie an die Prinzipien glauben, die diese Fachstelle vertritt, müssten Sie mittlerweile skeptisch sein. Die Fachstelle für Gleichstellung (ZFG) gibt es seit 35 Jahren. Sie hat sich das Ziel gesetzt, dass Kaderpositionen der Stadt Zürich zu 35 Prozent vom jeweils unterrepräsentierten Geschlecht besetzt sind. Die ZFG hatte 35 Jahre Zeit, um dieses Ziel unter besten Voraussetzungen umzusetzen: Sieben von neun Stadträten sind Linke, die dieselbe Ideologie vertreten. Aber sie schafft es nicht. Die Fachstelle ist ineffizient und bewirkt nichts. Übrigens ist es sehr interessant, dass Sie plötzlich daran glauben, dass es nur Männer und Frauen gibt. Normalerweise heisst es doch, es seien 70 Geschlechter oder mehr.*

Markus Haselbach (Die Mitte): *Die Mehrheit ist der Meinung, dass die ZFG schon viel erreicht hat. Das zeigt die positive Zwischenbilanz zum Gleichstellungsplan 2024–2027. Zwei Drittel der Massnahmen wurden bereits umgesetzt oder sind in Bearbeitung. Auch wenn schon viel erreicht wurde, sind auch in Zürich Menschen immer noch von Diskriminierung und Gewalt aufgrund von Geschlecht, Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung betroffen. Es ist wichtig, dass alle Hauptaufgaben der Fachstelle weiter bearbeitet*



werden. Dazu gehören Projekte und Bildungsangebote zur Gleichstellung aller Menschen, Vermittlung in Streitfällen zwischen Privaten sowie städtischen Angestellten und der Verwaltung, oder Beratung und Sensibilisierung der Verwaltung und von Privaten. Die Mehrheit ist gegen einen Personalabbau und unterstützt den Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Die Mitarbeiter der ZFG machen eine hervorragende Arbeit. Ich danke euch für euren täglichen Einsatz für die Gleichstellung in der Stadt Zürich und für die Bearbeitung von diesen herausfordernden und manchmal schweren Themen. Ich glaube an eine Zukunft, in der die Menschen gleichgestellt sind, in der es keine Gewalt und Diskriminierung mehr gibt. Aber dass Gleichstellung in der Schweiz noch keine Realität ist, hat nichts mit Glauben zu tun. Das ist ein Fakt. Diverse Studien sind sich darüber einig. Vieles ist weiterhin ungleich: die Verteilung von Care-, Sorge- und Betreuungsarbeit, die Verteilung des Lohnniveaus. Auch bezüglich geschlechtsspezifischer Gewalt sind die Zahlen klar. Ich muss euch aber in einem Punkt zustimmen: Aus meiner Sicht müssen die Quoten nicht binär formuliert werden, da dies non-binäre Menschen ausschliesst. Die Stadt befindet sich auf einem guten Weg. Sie nutzt den Genderstern. Diese Praxis wurde vom Volk bestätigt. Wir müssen über das Binäre hinausdenken. Es ist extrem wichtig, dass wir alle Geschlechter anerkennen. Auch das ist eine Form der Gewaltprävention. Darum braucht es die Fachstelle. Sie leistet einen extrem wichtigen Beitrag. Ich glaube daran, dass wir eine feministische Zukunft erreichen werden.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Aus grünliberaler Sicht ist es in der heutigen Zeit weder opportun, die städtische Fachstelle für Gleichstellung zu schliessen, noch sinnvoll, sogenannte Doppelspurigkeiten zu bereinigen. Denn de facto erkennen wir keine Doppelspurigkeiten. Die beiden Stellen haben unterschiedliche Rollen und Zielgruppen. Die kantonale Fachstelle erfüllt den gesetzlichen Auftrag, kantonale Gleichstellungsgesetze umzusetzen. Entsprechend ist sie strategisch auf einer anderen Flughöhe unterwegs. Einzelfallbetrachtungen sind bspw. nicht Teil ihrer Aufgabe. Die städtische Fachstelle hingegen bietet auch konkrete Einzelfallberatungen für Menschen an, die in Zürich wohnen oder arbeiten. Genau diese unterschwellige Unterstützung gibt es auf kantonaler Ebene nicht. Wer hier abbaut, trifft nicht Strukturen, sondern direkt von sexueller und sexistischer Belästigung oder Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechteridentität betroffene Menschen. Darüber hinaus hat die ZFG strategische Aufgaben wie die Umsetzung des Gleichstellungsplans. Sie entwickelt also Massnahmen gegen konkrete Probleme, die leider nicht der Vergangenheit angehören. Die GLP verschliesst die Augen nicht vor Diskriminierungsfragen und lehnt beide Anträge ab.

Moritz Bögli (AL): Die Argumentation der SVP ergibt keinen Sinn. Man könnte damit alles begründen: Lasst uns doch die Polizei abschaffen. Es gibt immer noch Verbrecher, also ist klar, dass die Polizei ihre Aufgabe nicht erledigt. Auch Spitäler können wir abschaffen, denn es gibt immer noch Kranke. Seien Sie einfach ehrlich: Sie finden das Patriarchat gut und wollen es weiterführen. Die ZFG macht unglaublich wichtige Arbeit. Ich finde es äusserst mühsam, dass wir jedes Mal ihre Daseinsberechtigung diskutieren



müssen. Die FDP weiss genau, dass die kantonale Fachstelle andere Aufgaben übernimmt. Aber in ihrem Votum geht es wohl eher um Ideologie als den eigentlichen Inhalt.

Martina Zürcher (FDP): Die ZFG schickt allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten immer rechtzeitig zur Budgetdebatte ihre Broschüre. Der Inhalt lässt erkennen, dass die Fachstelle mit der Hälfte ihres Personals funktionieren könnte. Gleichstellung erreicht man nur, wenn man innerhalb der Strukturen daran arbeitet. In der Broschüre ist das wunderbar beschrieben. Die Chefin der Kriminalpolizei wird in einem Beitrag zum Einsatz für mehr Gleichstellung bei der Stadtpolizei zitiert: «Gleichstellung ist kein Zustand, sondern erfordert Engagement. Je öfter wir das Thema ansprechen, desto eher wird sie ein selbstverständlicher Teil unserer Kultur.» Diese Arbeit an eine Fachstelle auszulagern, bringt nichts. Gleichstellung muss jeden Tag an der Front praktiziert werden. Eine Fachstelle mit Lohnkosten von 800 000 Franken kann dabei höchstens unterstützen.

Samuel Balsiger (SVP): Überlegen Sie kurz, was Sie mit dieser Fachstelle fordern. Sie zementieren die Unterscheidung zwischen zwei Geschlechtern, zwischen Mann und Frau. Den Widerspruch zu ihrem sonstigen Programm hat Stefan Urech (SVP) bereits aufgezeigt. Normalerweise heisst es, man sei homophob oder transfeindlich, wenn man sagt, es gebe nur Mann und Frau. Warum ist es hier nicht transfeindlich? Sie installieren ein staatliches Diktat, das vorschreibt, es brauche mindestens 35 Prozent Frauen in Führungspositionen. Zumindest handelt es sich bei uns um Frauen, die als das unterlegene Geschlecht zählen, da 65 Prozent der Positionen mit Männern besetzt sind. Diese Vorschrift ist diskriminierend: Wenn sich ein Mann und eine Frau bewerben und der Mann fünfmal besser als die Frau qualifiziert ist, stellen Sie trotzdem die Frau ein. Man stellt nicht den Besserqualifizierten, sondern den ein, der zufälligerweise das richtige Geschlecht hat. So lösen Sie die Einteilung nach Geschlechtern nicht auf, sondern führen sie sogar weiter. Auch die Aufteilung von Kinderbetreuung und Haushaltsarbeit geht den Staat nichts an. Dass Gleichstellung in diesem Bereich in ihren Köpfen noch nicht angekommen ist, ist eine Privatangelegenheit. Löhne sind vom Beruf abhängig. Wenn man Sozialwissenschaften studiert – ein Frauenthema – verdient man weniger Geld, als wenn man an der Wall Street Banker wird. Das ist keine Diskriminierung, sondern hat einen vernünftigen Grund. Ausserdem kämpfen sich Männer in diesen Berufen nach oben. Frauen tun das halt nicht. Das hat nichts mit uns zu tun. Die ZFG kann man abschaffen.

S. 148	15 1506 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
013.	Antrag Stadtrat			1 428 600 Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)



15 / 33

650 000	778 600	Minderheit 1	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP)
1 300 000	128 600	Minderheit 2	Johann Widmer (SVP) Referat
Begründung: Minderheit 1: Abbau von Doppelspurigkeiten mit der kantonalen Fachstelle für Gleichstellung und Konzentration auf den Grundauftrag Minderheit 2: Die Fachstelle für Gleichstellung ist zu schliessen, weil die Gleichstellung genug gut eingeführt ist und die weiteren Themen, um die sich die Fachstelle kümmert, keinen Mehrwert bringen.			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(1 428 600)	87 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(778 600)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(128 600)	<u>12 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 014.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tanja Maag (AL): Die Diskussion zum vorherigen Antrag hat gezeigt, dass sehr viele Leute im Rat ein eindimensionales Verständnis von Gleichstellung haben. Bei Samuel Balsiger (SVP) ist sowieso Hopfen und Malz verloren. Martina Zürcher (FDP) ist der Meinung, dass die Fachstelle zwar sensibilisieren, aber nicht alle Holzköpfe überzeugen kann. Es ist klar, das Verständnis ist nicht da. Die SVP hat gesagt, die Fachstelle für Gleichstellung (ZFG) sei gefangen im Glauben an Mann und Frau. Das stimmt nicht. Sie arbeitet am Postulat GR Nr. 2023/33, welches eine Angebotserweiterung zum Thema Intersektionalität und Mehrfachdiskriminierung fordert. Heute ist der letzte der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen. Es ist klar, dass das Thema Mehrfachdiskriminierung besondere Aufmerksamkeit braucht. Genau da setzt die ZFG an. Sie arbeitet an zahlreichen Aktivitäten in diesem Bereich. Der zusätzlich budgetiert Betrag fliesst in diese Arbeit.



Markus Haselbach (Die Mitte): Der Stadtrat hat das Postulat GR Nr. 2023/33 im Budget berücksichtigt. Darin geht es, wie bereits gesagt, um eine Mandatserweiterung der Fachstelle mit den Themen Intersektionalität und Mehrfachdiskriminierung. Darum sieht die Minderheit keinen Grund für eine weitere Verschlechterung und unterstützt den Stadtrat.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Liebe AL, wenn ihr etwas über Mehrfachdiskriminierung lernen wollt, kommt mit mir als weisser Heteromann in euren wählerstärksten Kreis und stellt euch mit einem SVP-Stand am Limmatplatz auf – am besten noch mit einem GC-Schal. Dann erfahren Sie, wie tolerant Ihre Wählerschaft bei der Mehrfachdiskriminierung ist.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wir von der GLP haben das damalige Postulat zur Erweiterung des Aufgabenbereichs der ZFG unterstützt. Konsequenterweise unterstützen wir auch diesen Antrag. Die GLP ist der Meinung, dass wir Intersektionalität und Mehrfachdiskriminierung nicht ausblenden dürfen, wenn wir unseren Anspruch an eine mündige, freiheitliche Gesellschaft ernst nehmen. Es reicht nicht, von Chancengerechtigkeit zu sprechen. Es braucht gezielt eingesetzte Mittel, die genau diese Hürden sichtbar machen und abbauen. Wir glauben an die Möglichkeit von Fortschritt in einer Gesellschaft, die sich einem diskriminierungsfreien Umgang mit allen Menschen verpflichtet.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Auch wir unterstützen den sehr wichtigen und sinnvollen Antrag. Tanja Maag (AL) hat es gut ausgeführt. Wir können bei der Gleichstellung und Antidiskriminierung nicht beim Geschlecht stehen bleiben. Geschlechtervielfalt zu berücksichtigen, ist wichtig. Aber dort hört es nicht auf: Antirassismus und Anti-Ableismus, also Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen, gehören ebenfalls dazu. Bspw. hat es eine Frau, die im Rollstuhl sitzt, viel schwieriger, Unterstützung zu erhalten, wenn sie von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen ist. Schutzunterkünfte sind oft nicht vollständig barrierefrei. Eine Studie aus Deutschland zeigt, dass Frauen mit Behinderungen bis zu viermal häufiger von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind. Das zeigt sehr eindrücklich, dass sich Diskriminierungen verschränken und so zu stärkeren Formen von Diskriminierungen und weniger Chancengerechtigkeit führen. Darum ist es wichtig, dass die Fachstelle für Gleichstellung verschiedene Lebensrealitäten berücksichtigen kann, um einen Einsatz für alle Menschen in Zürich leisten zu können.

Samuel Balsiger (SVP): Tanja Maag (AL), ist das dein Ernst? Du referierst über die Bekämpfung von Diskriminierung und beleidigst im selben Atemzug die politische Opposition und Minderheit. Einen schlechteren Eindruck kann man nicht machen. Du zeigst der Öffentlichkeit gerade, dass du nicht reif für ein Exekutivamt bist. Für ein Mitglied der AL ist das keine Überraschung. Die AL ist im Grunde eine radikale Strassenpartei, die der Antifa nahe ist. Damit ist die Nähe zu Gewalt gegeben. Das kann man nicht bestreiten. Es ist ein Fakt. Wenn Sie Diskriminierung verhindern wollen, müssen Sie Ordnung im Land schaffen. Das geht nur, wenn wir die Kriminellen ausschaffen. Es muss klar sein, dass sich nur gute ausländische Staatsbürger in der Schweiz aufhalten. Wenn Sie die Gesetze nicht durchsetzen, die Kriminellen nicht ausschaffen und zulassen, dass die



Justiz mit ihrer Laisser-faire-Praxis weiterhin den Rechtsstaat ignoriert, schaffen Sie Rassismus. Die beste Bekämpfung von Rassismus ist, kriminelle Ausländer auszuschaffen.

Persönliche Erklärung:

Dr. David Garcia Nuñez (AL) hält eine Persönliche Erklärung zu beleidigenden Äusserungen in der Ratsdebatte.

Moritz Bögli (AL): *Ich glaube, ich kann Stefan Urech (SVP) beruhigen. Das Postulat erwähnt auch explizit Diskriminierung wegen politischer Überzeugung. Ich hoffe, dass Sie dem Antrag zustimmen, da Diskriminierung wegen politischer Überzeugung das Thema ist, dass Sie im Gemeinderat am meisten beschäftigt. Es ist wichtig, die Erweiterung zügig voranzutreiben und eine inklusiv und intersektional arbeitende ZFG zu schaffen.*

Yasmine Bourgeois (FDP): *Ich will auf zahlreiche Doppelspurigkeiten hinweisen. Ein Beispiel zum Thema Diskriminierung und Diversität: Es gibt das städtische Diversity Management, die Ombudsstelle, spezialisierte Diskriminierungsstellen, die Zürcher Anlaufstelle für Rassismus, die Fachstelle für Mobbing und Belästigung, Online-Beratungsangebote, Leitfäden des Bildungsdepartements und sogar die Stadtpolizei arbeitet am Thema. Es gibt zahlreiche weitere Doppel- und Mehrfachangebote. Gleichstellung wird nicht besser, wenn sie unkoordiniert und überall ein wenig stattfindet. Wir lehnen den Antrag ab.*

S. 148	15 1506 3132 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
014.	Antrag Stadtrat				98 000 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Péparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
				20 000	118 000 Mehrheit	Tanja Maag (AL) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Zusätzliche Mittel zur Bearbeitung des Postulats GR Nr. 2023/33 «Mandatsverweiterung ZFG», bei dem auch das Thema Intersektionalität und Mehrfachdiskriminierung eine zentrale Rolle spielt			



Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 015.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Das Tanz- und Theaterhaus für Kinder und Jugendliche (KJTT) geistert schon seit Jahren durch die Zürcher Tanz- und Theaterlandschaft. Es trat im Jahr 2019 in der ersten Weisung zur neuen Konzeptförderung als wesentlicher Bestandteil des neuen Fördersystems in Erscheinung und genoss seither einen Sonderstatus. In der Zwischenzeit hat die Stimmbevölkerung das neue Fördersystem gutgeheissen. Dann sorgte die erste Vergaberunde für die Konzeptförderungen für Aufregung, weil zwei kleine Theater vom Fördertopf abgenabelt wurden. Die Frage nach dem Wo und Wann des KJTT blieb währenddessen weitestgehend unbeantwortet. Bisher war die Standortsuche erfolglos. Parallel dazu liegt seit kurzem eine Raumbedarfs- und Teilportfoliostrategie für sämtliche Kulturbauten vor. Diese zeigt auf, wo Kulturraum fehlt und welche Entwicklungsprojekte und Sanierungen anstehen. Die Strategie ist nicht perfekt, aber sie macht deutlich, dass der Bedarf an Investitionen in bestehende und neue Kulturbauten die verfügbaren Mittel bei weitem übersteigt. Vor diesem Hintergrund vertritt die Kommissionsminderheit die Meinung, dass das KJTT neu und kritisch beurteilt werden muss. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, ein neues Haus zu planen, anstatt pragmatische Lösungen zu prüfen. Man könnte den Raum für ein Kinder- und Jugendtheater z. B. in bestehende Infrastrukturen integrieren. Angesichts des engen finanziellen Spielraums, der kulturpolitischen Herausforderungen und der unbeantworteten Standortfrage erachten wir das KJTT zum heutigen Zeitpunkt als nicht realisierbar. Wir beantragen darum, das Projekt auf Eis zu legen, die 0,3 Vollzeitstellen für die Planung zu streichen und das Budget entsprechend anzupassen. Damit stärken wir die Tanz- und Theaterlandschaft nicht im Wunschdenken, sondern in der Realität.

Leah Heuri (SP): Für die Umsetzung der Übergangslösung für das KJTT braucht es mindestens 0,3 Vollzeitstellen. Die Kapazität ist wichtig, damit die Stadt ihre kulturpolitischen Strategien weiterführen kann. Das KJTT wurde im Jahr 1997 sowie im Rahmen der Abstimmungen zum neuen Tanz- und Theatersystem als zentrale Massnahme beschlossen. Die Stadt hat der Zürcher Kinder- und Jugendtheaterszene damit eine klare Perspektive zugesichert. Nach vielen Prüfungen und Machbarkeitsstudien steht heute mit der Andreaskirche eine äusserst gute und funktionale Übergangslösung zur Verfügung. Sie ermöglicht eine kontinuierliche Arbeit bis zum Bezug des definitiven Standorts auf dem MFO-Areal. Damit der Übergang funktioniert, sind zahlreiche Vorbereitungsarbeiten nötig: Begleitung des Bauprojekts, Vorbereitung der politischen Geschäfte sowie



laufende Kommunikation mit der Szene und dem Quartier. Die Verwaltung sagt klar, dass die Arbeiten ohne die zusätzlichen Ressourcen sistiert werden müssten. Damit könnte das KJTT-Provisorium nicht realisiert werden und eine Inbetriebnahme im Jahr 2028 würde unmöglich. Damit würde die Stadt ein strategisches Projekt blockieren, das sie selbst mehrfach bestätigt, angekündigt und kulturpolitisch verankert hat. Eine Streichung dieser minimalen Stellenwerte ist daher nicht einfach eine Sparmassnahme. Das Projekt könnte nicht wie geplant umgesetzt werden. Das widerspricht dem Beschluss des Gemeinderats. Darum lehnt die Kommissionsmehrheit diesen Antrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): *Die AL stimmt der Streichung der 0,3 Stellenprozent nicht zu. Es ist wichtig, das Projekt für Kinder und Jugendliche weiterhin zu unterstützen. Das KJTT arbeitet interkulturell und eng mit Schulen, Klassen und Lehrpersonen zusammen. Wenn man die Ressourcen jetzt nicht sprechen würde, wäre vor allem der Umzug in das Provisorium gefährdet. Wir sehen den Grund nicht, dem KJTT genau dann Ressourcen zu entziehen, wenn sich eine vorübergehende Lösung anbietet, damit der Umzug vollzogen und die Tätigkeiten dieser wichtigen Institution aufrechterhalten werden können.*

Sven Sobernheim (GLP): *Ich muss etwas aus dem Votum der Mehrheitssprecherin korrigieren: Es wurde nichts beschlossen. Das KJTT wurde angekündigt und ist nicht Teil der Tanz- und Theaterlandschaft. Ansonsten wäre dieser Antrag nicht zulässig. Er ist aber zulässig, weil das KJTT sich dieser Konzeptdiskussion nicht stellen will. Es handelt sich nicht um ein Konzept, sondern bloss um eine Idee der Verwaltung.*

Yasmine Bourgeois (FDP): *Seit Jahren wird über ein neues Theaterhaus für Kinder und Jugendliche diskutiert. Passiert ist fast nichts. Jetzt sollen noch mehr Projektgelder fließen. Ein zeitgemässes Angebot umfasst Theater für und mit Kindern. Solche Angebote gibt es in der Stadt Zürich schon zuhauf. Diese sind sehr vielfältig, engagiert und oft privat getragen. Dazu kommt, dass subventionierte Häuser zwingend Kinderangebote haben müssen. Am Schauspielhaus etwa gibt es Theater für und mit Kindern. Weiter gibt es die Fachstelle für Schulkultur, die mit den Schulen Theater macht. Sie leistet mit wenigen Mitteln enorm viel. Wenn die Stadt selber anfängt, Kindertheater zu machen, konkurriert sie mit den privaten und subventionierten Angeboten. Das ist weder fair noch intelligent. Private Anbieter können mit subventionierten Strukturen nicht mithalten. Trotzdem sollen jetzt Projektgelder fließen. Der Bedarf dafür ist nicht vorhanden, die Wirkung höchstens negativ. Wir brauchen das KJTT nicht.*

Urs Riklin (Grüne): *Ob es wirklich 30 Stellenprozent bei der Stadtverwaltung braucht, um das Kinder- und Jugendtheaterhaus zu realisieren? Was es definitiv braucht, ist bessere Kommunikation und mehr Transparenz der Verwaltung. Wir Grünen haben in der Kommission Fragen zu diesem Projekt gestellt. Als Antwort haben wir zwei kurze Sätze erhalten. Daher erstaunt es mich nicht, dass dieser Streichungsantrag gestellt wurde. Wir Grünen stehen aber hinter dem Projekt KJTT. Es wurde mit der Tanz- und Theaterlandschaft entworfen und die Stimmbevölkerung hat dazu Ja gesagt. Wir freuen uns,*



wenn das Projekt endlich realisiert werden und ein gutes Programm für Kinder- und Jugendtheater entstehen kann. Darum lehnen wir den Streichungsantrag ab.

S. 150	15 1510 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
015.	Antrag Stadtrat				7 472 400 Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			30 000		7 442 400 Minderheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
						Enthaltung Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Verzicht auf die Stellen für das Tanz- und Theaterhaus für Kinder und Jugendliche (KJTT)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 016.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Michael Schmid (FDP): Das Schauspielhaus ist eine Aktiengesellschaft, eine selbstständige juristische Person. Der Stadtrat weiss das. Als meine Fraktion im Zusammenhang mit der finanziell und gesellschaftlich existenzbedrohenden Entwicklung unter der letzten Intendanz kritische Fragen gestellt hat, hat sich der Stadtrat mit der Begründung, es handle sich beim Schauspielhaus um eine selbstständige Aktiengesellschaft, vor einer ehrlichen Antwort gedrückt. Nun wird gesagt, es brauche in der Kulturabteilung zusätzliche Stellenprozent, damit man als Nutzervertretung für den Schauspielhausumbau aktiv werden könne. Wenn Sie die Antworten auf die Kommissionsfragen lesen, sehen Sie schwarz auf weiss, warum die Stadt Probleme mit den Themen Doppelspurigkeit, Überkomplexität und Reibungsverlust hat. Die Schaffung eines Dreieck- oder Mehreckverhältnisses in der Kulturabteilung, um die Interessen der Nutzer im Schauspielhaus und die betrieblichen Abläufe bei der Eigentümervertretung Immobilien Stadt Zürich (IMMO) einzubringen, ist sachlich unangemessen und rechtlich nicht sinnvoll.



Markus Haselbach (Die Mitte): In diesem Antrag geht es um eine befristete Stelle im Bereich Räume. Der Grund dafür sind mehrere komplexe Projekte, die in den nächsten zwei Jahren eine intensive Begleitung durch die Dienstabteilung Kultur benötigen: das Tanz- und Theaterhaus für Kinder und Jugendliche, die Zeughäuser im Kasernenareal und die Entwicklung des Areals MFO-West. Zudem steht das Sanierungsprojekt des Schauspielhauses an. Die Dienstabteilung Kultur ist als Nutzungsvertretung stark in die fachliche Begleitung, Sicherstellung der kulturellen Anforderungen und Abstimmung mit IMMO, der Theaterleitung und weiteren städtischen Stellen eingebunden. Die befristete Stelle ist notwendig und sinnvoll. Darum unterstützen wir den Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Wir hätten Sympathien, den Antrag zu unterstützen. Leider hat die Mehrheit des Gemeinderats das vorliegende Projekt für den Umbau des Schauspielhauses bestellt. Wir wollten einen guten Umbau, für dessen Koordination niemand neu angestellt werden muss. Da wir es aber so beschlossen haben, wird die Stelle benötigt. Wir stimmen mit dem Stadtrat.

Leah Heuri (SP): Die FDP hat nicht zu Ende gedacht. Wir diskutieren 0,3 Stellenprozente, die für den Umbau des Pfauen und – wie den Rückmeldungen der Verwaltung zu entnehmen ist – weitere Sanierungen und Entwicklungsprozesse zuständig sind. Mit diesem Antrag würde die FDP zusätzlich 0,7 Vollzeitstellen im Bereich Raum streichen. Deren Aufgaben und Inhalte kritisiert die FDP in ihrer Begründung mit keinem Wort. Sie greift also stellvertretend ein Projekt heraus, versteht die Funktion der Stelle nicht und streicht Ressourcen, die für laufende Projekte erforderlich sind. Wenn man solche Anträge stellt, muss man zumindest sauber arbeiten. Wir sind dagegen.

Dominik Waser (Grüne): Das Schauspielhaus kann es der FDP einfach nicht recht machen, weder unter der alten noch der neuen Intendanz. Lustig nur, dass FDP-Stadtratskandidat Përparim Avdili (FDP) trotzdem an fast jeder Premiere anzutreffen ist.

Michael Schmid (FDP): Unser Stadtpräsidentenskandidat wird dafür kritisiert, dass er an Premieren des Schauspielhauses teilnimmt. Das ist ein absurder Vorwurf. Ich würde mir wünschen, andere Kandidaten auch ab und zu dort anzutreffen.

S. 150	15 1510 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
		Kultur				
		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
016.	Antrag Stadtrat			7 472 400	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Felix Moser (Grüne)
		130 000		7 342 400	Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)



Enthaltung Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)

Begründung: Die Schauspielhaus Zürich AG (SHZ) ist eine eigenständige AG. Es braucht keine Stelle im Kulturressort, um als Durchlauferhitzer zwischen Immobilien Stadt Zürich (IMMO) und SHZ zu agieren.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 87 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 017. bis 020. (Postulat GR Nr. 2025/574)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Ivo Bieri (SP) begründet die Anträge der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5504/2025): In den nächsten drei Anträgen sprechen wir über eine wichtige Sparte der Zürcher Kulturszene: Kleinkunsthöhlen. Diese leisten einen grossen Beitrag zur kulturellen Vielfalt, zur Laienkunst und Förderung von jungen Kulturschaffenden sowie zu einer lebendigen Quartierkultur. Das Theater STOK und der Keller62 sind zwei Vertreter dieser Gattung, die es sehr lange gibt. Für etliche etablierte Theaterkompanien waren sie der Anfangsort. Beide Orte haben in der queeren Subkultur eine sehr wichtige Rolle gespielt. Wir sprechen heute über diese Einrichtungen, weil sie mit dem Rücken zur Wand stehen. Über Jahrzehnte haben sie Subventionsgelder der Stadt erhalten. Im Rahmen der ersten Vergaberunde der neuen Konzeptförderung Tanz und Theater konnten leider beide Kleinkunsttheater nicht mehr berücksichtigt werden, obwohl sie substanziell zur Kulturlandschaft von Zürich beitragen. Es geht mit diesen Anträgen nicht darum, den Juryentscheid der ersten Runde infrage zu stellen. Das liegt in der Vergangenheit. Trotzdem haben wir im Parlament bereits unmittelbar nach der ersten Weisung Handlungsbedarf gesehen und Vorstösse vorbereitet. Obwohl wir Abfederungsbeiträge gesprochen haben, hat sich nun die harte Wahrheit, mit der viele Kulturschaffende zu kämpfen haben, gezeigt: Insbesondere Kleinkunsthäuser haben mit sehr knappen Ressourcen zu kämpfen und es ist für sie sehr viel schwieriger, im Privatsektor strukturelle Unterstützung zu finden. Ohne eine solche Unterstützung ist das Überleben beider Bühnen nicht möglich. Sie werden auch keine Chance bekommen, sich bei einer zweiten Vergaberunde zu beweisen. Das wollen wir mit diesen drei Anträgen verhindern. Es war nicht das Ziel der neuen Konzeptförderung, eine ganze Theatergattung, die Kleinkunsttheater, von der Förderung auszuschliessen. Mit den eingestellten Beiträgen soll Überbrückungshilfe geleistet werden, damit die zwei Theater eine faire Chance haben, sich in der zweiten Vergaberunde nochmals zu bewerben. Ohne diese fallen sie aus dem System und werden für immer verschwinden. Die Liegenschaft, in der das The-



ater STOK beheimatet ist, gehört der Stadt, was die Sache vereinfacht. Mit einem Mieterlass können wir bereits viel bewirken. Das Gebäude vom Keller62 jedoch gehört der Universität. Der Kanton wäre durchaus gewillt, subsidiäre Förderbeiträge auszurichten, aber nur, wenn die Gemeinde mitmacht. Die Stadtpräsidentin wird nachher sicher argumentieren, dass die rechtliche Grundlage für die Ausrichtung dieser Unterstützungsbeiträge fehle. Mit dem Begleitpostulat wollen wir Sie dazu ermuntern, diese Grundlage zu schaffen. Im Jahr 2026 tritt die neue Subventionsverfahrensordnung in Kraft. Damit bietet sich die Möglichkeit für eine gezielte, zeitlich begrenzte Unterstützung dieser Spielstätten. Nur so können wir das kulturelle Angebot in seiner Breite erhalten.

Johann Widmer (SVP): Vor zwei Jahren hat der Stadtrat die Konzeptförderbeiträge für Tanz und Theater in einer Verordnung geregelt. Einige Kulturinstitutionen sind dabei leer ausgegangen. Bei einer neuen Ordnung ist das zu erwarten. Daher sieht die Minderheit nicht ein, warum von allen Kulturinstitutionen, die nichts erhalten haben, ausgerechnet diese zwei Theater eine Zuwendung erhalten sollen. Wir stimmen mit dem Stadtrat.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Ich äussere mich zum Antrag und zum Postulat. Auch bei diesem Postulat ist klar, dass seine Existenz wohl dem Wahlkampf geschuldet ist. Sie wissen genau, dass es rechtlich nicht möglich ist, diese beiden Theater ausserhalb des gültigen Fördersystems zu unterstützen. Das Anliegen wurde mit dem Postulat GR Nr. 2023/352 bereits geprüft. Herausgekommen ist, dass es nicht umgesetzt werden kann. Der Stadtrat hat mit dem Abfederungskredit für die beiden Theater sämtlichen rechtlichen Spielraum vollständig ausgeschöpft. Anschliessend hat der Gemeinderat das Postulat abgeschrieben. Die Rechtskonsultantin des Gemeinderats hat dazu im Rahmen der Beratung der sechsjährigen Konzeptförderbeiträge gegenüber der Sachkommission Präsidialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) ausgeführt: «Weitere Finanzierungsmöglichkeiten sind nicht vorgesehen und können nicht frei geschaffen werden.» Ich erläutere den rechtlichen Hintergrund gerne nochmals. Im November 2020 sagten 68 Prozent der Stimmberechtigten klar Ja zum neuen Fördersystem Tanz und Theater. Ebenso klar war der Inhalt dieser Vorlage. Mit ihrer Zustimmung haben die Stimmberechtigten das bisherige Fördersystem durch ein neues ersetzt und einen Rahmenkredit dafür gesprochen. Eine Reaktivierung des alten Systems ist rechtlich ausgeschlossen. Eine Wiedereinführung von befristeten wiederkehrenden Beiträgen würde eine Umgehung des Entscheids der Stimmbevölkerung bedeuten. Die Stimmbevölkerung hat im November 2020 auch den einmaligen Abfederungskredit von 600 000 Franken bewilligt. Dieser war für Institutionen bestimmt, die bisher gefördert wurden, im neuen System aber keine Konzeptförderbeiträge mehr erhalten. Die Schaffung einer Rechtsgrundlage für das Auszahlen der beantragten Beiträge, wie es hier verlangt wird, würde das neue Fördersystem im Kern verändern. Entsprechende Änderungen müssten der Stimmbevölkerung unterbreitet werden. Ausserdem hat der Gemeinderat gewünscht, dass das neue System nach zwei Förderperioden evaluiert wird. Wir haben immer gesagt, dass dann Korrekturen vorgenommen werden können. Ich gehe davon aus, dass es diese



Korrekturen brauchen wird. Was wir eingeführt haben, ist ganz neu. Dass manche Probleme sich erst in der Praxis zeigen, ist völlig logisch. Bei einem positiven Ausgang dieser Evaluation muss die Weiterführung des Systems wiederum dem Volk vorgelegt werden. Anträge wie dieser sind sympathisch. Zu guter Politik gehört aber nicht nur, sympathische Anträge zu formulieren. Ehrlichkeit und Klarheit sind wichtig. Auch wenn wir die Beiträge ins Budget aufnehmen, können wir sie nicht auszahlen. Die Rechtsgrundlage fehlt. Ich weiss, dass Ihnen das klar ist. Ich danke für die Ablehnung der Anträge.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Wir waren bei diesem Thema von Anfang an konsequent. Bereits im Jahr 2023 haben wir im Rahmen der Beratung der Konzeptförderung das Postulat GR Nr. 2023/352 von Urs Riklin (Grüne) und Roger Föhn (EVP) eingereicht. Das Ziel war, die beiden Häuser mit den Abfederungskredite zu sichern und ihre Weiterführung zu ermöglichen. Damals wollte die SP mit einer Textänderung den Einsatz von weiteren Mitteln aus unserem Postulat herausstreichen. Wir haben diese Abschwächung abgelehnt, weil uns die Bedeutung dieser Mittel bewusst war. Heute beantragt die SP genau solche Mittel. Es freut uns selbstverständlich, wenn sich die politischen Positionen weiterentwickeln und man schlauer wird. Aber es ist auch bemerkenswert, wie plötzlich sich vor den Wahlen die Meinungen ändern können. Entscheidend wird sein, das Engagement nach den Wahlen weiterzuführen. Wir Grünen unterstützen die Zusatzbeiträge und das Postulat. Wir hoffen, dass sich ein rechtlich korrekter Weg findet.

Stefan Urech (SVP): Ich danke der Stadtpräsidentin für ihre deutlichen Worte an die eigene Partei. Ich bin nur mit einem einzigen Punkt nicht einverstanden. Es handelt sich nicht um einen sympathischen Antrag. Er ist mir sehr unsympathisch. Als wir über die Einführung des neuen Vergabekonzepts diskutiert haben, waren Sie davon überzeugt, dass wir nicht über einzelne Theater sprechen, sondern das Gesamtbild auf der entsprechenden Flughöhe zu betrachten sei. Sie haben darauf beharrt, dass eine professionelle Jury über die Förderung entscheiden müsse. Meine Partei hat damals gewarnt, dass Sie beim ersten Anzeichen, dass ein Theater keine Unterstützung bekommt, einspringen und einen Hilfebeitrag sprechen werden. Das macht das neue Förderkonzept zur Farce. Wir wollten damals zusammen mit der GLP und AL durchsetzen, dass wir immerhin ein kleines Mitspracherecht behalten. Auch hier blieben Sie konsequent: Die Jury müsse im Alleingang bestimmen können. Nun fordern Sie mit einem Antrag, der uns 50 000 Franken kostet, das Gegenteil. Weil Sie gegen unseren Willen ein Konzept eingeführt haben und sich weigern, konsequent zu sein, muss ich einen Antrag ablehnen, der dem Theater STOK helfen würde, das ich mag und dessen Aufführungen ich gerne besuche.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wir befinden uns in einer doofen Situation. Die GLP ist der neuen Konzeptförderung von Anfang an skeptisch begegnet. Die grosse Frage war für uns immer, ob ein Systemwechsel wirklich eine neue Dynamik und einen kulturpolitischen Mehrwert für die Tanz- und Theaterlandschaft bringt. Der Gemeinderat



und später auch die Stimmbevölkerung haben diese Frage mit einem deutlichen Ja beantwortet. Nach der ersten Vergaberunde und das Aus dieser Kleintheater war die Euphorie schnell verfliegen. Ich möchte in diesem Zusammenhang an den Rückweisungsantrag der GLP erinnern. Diesem wollten Sie nicht zustimmen, obwohl er auch das Thema der Kleintheater behandelte. Umso irritierender ist es, dass Sie das akzeptierte neue Fördersystem mit Budgetanträgen unterlaufen wollen. Mit der neuen Konzeptförderung hat man sich bewusst dafür eingesetzt, dass eine unabhängige Jury die Qualität der Konzepte prüft und zuhänden des Stadtrats entscheidet. Auch wir finden den Wegfall der Kleintheater bedauernswert. Wir stellen uns auch ernsthaft die Frage, ob das Opfer, das die Kleintheater bringen mussten, tatsächlich den versprochenen frischen Wind in die zirkuserweiterte Theaterlandschaft gebracht hat. Trotzdem ist es aus unserer Sicht nicht richtig, den Juryentscheid auf diesem Weg rückgängig zu machen. Eine Jury entscheidet nicht aus politischer Opportunität, wegen Sympathien oder vor dem Hintergrund eines Wahlkampfes, sondern aufgrund der Qualität des Konzepts. Mit diesen Anträgen hebeln sie dieses Prinzip aus. Wir verstehen ehrlich gesagt nicht, wieso die neue Konzeptförderung überhaupt unterstützt wurde, wenn Sie den Kernmechanismus schon wieder kippen wollen. Wir lehnen beide Anträge zu den Betriebsbeiträgen und das Postulat ab. Da der Mieterlass nichts mit dem eingereichten Konzept zu tun hat, stimmen wir diesem Antrag zu.

Moritz Bögli (AL): Es kommt selten vor, aber ich muss der Stadtpräsidentin völlig recht geben. Es beschwerten sich alle über ein System, das sie wollten. Als wir die Tanz- und Theaterlandschaft behandelt haben, hat die Verwaltung klar gesagt, dass es zu einer Reduktion der Bühnen kommen wird. Die FDP war in dieser Hinsicht wenigstens ehrlich. Sie hat die Tanz- und Theaterlandschaft als Ganzes abgelehnt und in einer Medienmitteilung geschrieben, dass das Konzept gescheitert sei. Aber mit Ausnahme der SVP und der FDP haben sich alle Parteien dieses Rats bei der Schlussabstimmung und der Volksabstimmung für die Tanz- und Theaterlandschaft entschieden. Ich zitiere das damalige Votum von Maya Kägi Götz (SP), der heutigen Präsidentin der SK PRD/SSD: «Die SP ist der Auffassung, dass die Verordnung über die Eckpunkte des neuen Fördermodells insgesamt treffend und eine gute Leitplanke für eine verlässliche und transparente Konzeptförderung ist. Ein neues Modell benötigt Zeit, um sich auf seinem Weg in die Zukunft zu entwickeln.» Sie müssen sich entscheiden. Entweder reichen Sie eine Motion ein und fordern, das Prestigeprojekt der Stadtpräsidentin abzuschaffen und zum alten Modell zurückzukehren, oder Sie stehen zum damaligen Entscheid. Sie kannten die Konsequenzen genau. Wir lehnen alle Anträge und das Begleitpostulat ab.

Yasmine Bourgeois (FDP): Wir finden das eingeführte System der Tanz- und Theaterlandschaft tatsächlich falsch. Es belastet die kleinen Theater unnötig und lässt sie nicht kreativ werden. Viel will ich nicht mehr dazu sagen, da STP Corine Mauch uns fast fünf Minuten lang erklärt hat, weshalb die Anträge nicht gehen. Wählen Sie unseren bürgerlichen Kandidaten zum Stadtpräsidenten, dann werden solche Sachen wieder möglich.



26 / 33

S. 153	15 1510 3635 00 898	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Übrige Betriebsbeiträge an private Unternehmen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
017.	Antrag Stadtrat				1 123 600 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Tanja Maag (AL)
				50 000	1 173 600 Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Sicherung des Weiterbetriebs des Theaters Keller62, damit weiterhin Kleintheater für nicht professionelle Gruppen sowie Einzelkünstler*innen zur Verfügung stehen			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 018.

Wortmeldungen siehe Antrag 017.

S. -	15 1510 3636 00 410	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Theater Stok: Betriebsbeiträge	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
018.	Antrag Stadtrat				0 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Tanja Maag (AL)
				35 000	35 000 Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)



27 / 33

Begründung: Sicherung des Weiterbetriebs, damit weiterhin Kleintheater für nicht professionelle Gruppen sowie Einzelkünstler*innen zur Verfügung stehen

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 019.

Wortmeldungen siehe Antrag 017.

S. -	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1510	Kultur				
	3636 00 411	Theater Stok: Mietkosten				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
019.	Antrag Stadtrat			0	Minderheit	Johann Widmer (SVP)
						Referat
			65 000	65 000	Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag (AL)
		Begründung:	Sicherung des Weiterbetriebs, damit weiterhin Kleintheater für nicht professionelle Gruppen sowie Einzelkünstler*innen zur Verfügung stehen			

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 021.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tanja Maag (AL): In diesem Antrag geht es um einen Betrag für substanzielle Kulturraumbeiträge. Kulturraumbeiträge werden ab dem Jahr 2026 einmal jährlich an Kulturinstitutionen ausgezahlt, die ihre Räume Künstler*innen zur öffentlichen Präsentation ihrer Arbeiten zur Verfügung stellen. Der Maximalbetrag, der pro Jahr ausgestellt wird, liegt bei 210 000 Franken. Die Beträge sollen sinnvoll verteilt werden, damit einzelne Institutionen wirklich etwas Substanzielles daraus gewinnen können. Es macht keinen Sinn, mehreren kleinen Räumen kleine Beträge zu sprechen. Wenn man den Betrag erhöht, erhalten vielleicht einige Betriebe mehr einen substanziellen Betrag und stellen ihre Räume Künstler*innen zur Verfügung. Die Raumproblematik ist uns bekannt. Im Kulturleitbild sind auch weitere Projekte geplant. Dieser Betrag würde bereits helfen.

Markus Haselbach (Die Mitte): Auf diesem Konto zeigt sich in den letzten Jahren ein enormer Ausgabenzuwachs: In der Rechnung 2024 waren es 3 Millionen Franken, im Budget 2025 über 4 Millionen Franken, im Budget 2026 sollen es 5 Millionen Franken sein. Begründet wird der Mehraufwand mit den Umsetzungsmassnahmen des Kulturleitbilds 2024–2027. Konkret geht es um drei Fördergefässe: den Flexbeitrag, Kulturraumbeiträge sowie neue Fördergefässe im Bereich Filmkultur. Der Stadtrat sieht in diesem Budgetposten beträchtliche zusätzliche Mittel für die Unterstützung und Förderung von Kulturschaffenden vor. Die Minderheit ist gegen eine weitere Erhöhung auf Vorrat.

Weitere Wortmeldung:

Johann Widmer (SVP): Dieser Budgetposten wird jedes Jahr substanziell teurer. Diesmal erhöht er sich um eine knappe halbe Million Franken. Nächstes Jahr wird es erneut mehr sein. Das ist typisch für diese Budgetdebatte. Warum sollen Private überhaupt Kulturraumbeiträge von der Stadt bekommen? Die Künstler in Zürich sind verwöhnt. Wir haben eine Staatskunstkultur in dieser Stadt. Meine Eltern waren auch Künstler, aber sie haben ihr eigenes Geld verdient. Kaum haben die heutigen Künstler ihren Abschluss der Kunsthochschule in der Tasche, klopfen sie bei der Stadt an. Die Stadt und der Gemeinderat unterstützen sie mit Beiträgen, zahlen ihnen die Wohnung und den Kulturraum. Irgendwo muss es aufhören. Ich habe langsam den Verdacht, dass jeder irgendeinen Cousin mit genügend Einfluss hat, der ihnen Kulturraumbeiträge zusichert. In anderen Ländern nennt man es Korruption oder Klientelpolitik, bei uns Kulturförderung.



29 / 33

S. 154	15 1510 3636 00 898	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Übrige Betriebsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
021.	Antrag Stadtrat				5 216 400 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
				450 000	5 666 400 Mehrheit	Tanja Maag (AL) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Voraussetzung schaffen, um bei Bedarf mehrere Institutionen mit substantiellen Kulturraumbeiträgen unterstützen zu können			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 022.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Riklin (Grüne): Können Sie sich an die Rad-WM erinnern? Dieser Anlass hat zu einer intensiven Diskussion geführt: Wie viele Grossanlässe sind gut für Zürich? Selbst der Direktor von Zürich Tourismus, Thomas Wüthrich, kam in der NZZ zum Schluss, dass es in der Stadt Zürich an einer Strategie für Grossanlässe fehle. Dem stimmen wir Grünen zu. Können Sie sich an die Diskussionen um Stellen bei der Stadtpolizei erinnern? Immer wieder wird behauptet, dass die Polizei überlastet sei. Grossanlässe ziehen nicht nur ein grosses Publikum an, sondern benötigen auch ein grosses Polizeiaufgebot. Jetzt möchte der Stadtrat eine Stelle für das Organisieren von Grossanlässen schaffen. Wir Grünen beantragen, diese Stelle aus dem Budget zu streichen. Es ist nicht klar, wozu diese Stelle dienen soll. Wir haben keine neuen Grossanlässe bestellt. Wir möchten dem Stadtrat ans Herz legen, dem Gemeinderat zuerst ein Konzept für eine gesunde Anzahl Grossanlässe in Zürich vorzulegen und die Rahmenbedingungen dazu auszuarbeiten. Dann kann besprochen werden, welche Grossanlässe konkret in Zürich stattfinden sollen. Wenn wir diese Stelle ohne Konzept bewilligen, laufen wir Gefahr, dass für viel Geld viele Ideen entwickelt werden, die nie realisiert werden können.



Leah Heuri (SP): Es geht bei dem Antrag um eine Stelle. Wir haben in der Stadt einen Personalbestand von rund 25 700 Vollzeitstellen. Der Antrag verkennt sowohl die Realität städtischer Grossveranstaltungen als auch die ökologischen Anforderungen, die wir politisch beschlossen haben. Wer glaubt, dass durch das Streichen einer Stelle weniger Grossveranstaltungen stattfinden, ignoriert die Verantwortung der Stadt Zürich und die tatsächliche Nachfrage nach diesen Anlässen. Diese Stelle schafft keine neuen Grossanlässe. Sie sorgt dafür, dass die Stadt fundiert entscheiden kann, wie wir die Anfragen und Projekte angehen. Die Realität ist: Auch ohne diese Stelle bleibt der Druck von aussen bestehen. Zürich wird regelmässig von Verbänden, Bündnen und Kantonen für Beteiligungen angefragt, etwa bei den Special Olympics World Winter Games 2029 oder den Olympischen und Paralympischen Winterspielen 2038. Die Anfragen verschwinden nicht einfach. Wenn wir die Stelle streichen, verlieren wir bloss die Fachkompetenz, um ökologische, soziale und finanzielle Auswirkungen zu prüfen. Zudem sind die Bewerbungsphasen grosser Projekte zeitkritisch. Ohne fachliche Vorbereitungen und Entscheidungsgrundlagen können weder der Stadtrat noch der Gemeinderat beurteilen, ob die Stadt sich beteiligen soll und unter welchen Nachhaltigkeits- und Finanzierungsbedingungen. Dann geschieht dasselbe wie beim European Song Contest (ESC), für den wir uns beworben haben. Der Stadtrat hat im Nachhinein gesagt, dass wir die Veranstaltung gar nicht hätten stemmen können. Dieser Antrag bewirkt keinen Verwaltungsabbau, sondern verhindert wichtige Vorarbeit – mit teuren Folgen. Die Existenz dieser Stelle ist eine Lektion, die wir aus der Rad- und Paracycling WM 2024 gelernt haben. Wir waren bei der Nachbearbeitung der Rad-WM in der Rechnungsprüfungskommission dabei. Die Erfahrungen haben gezeigt, wie wichtig eine frühzeitige professionelle Koordination ist, um ökologische, soziale und finanzielle Auswirkungen sauber zu prüfen, klare Prozesse sicherzustellen und Fehler in Zukunft zu vermeiden. Daher lehnt die Mehrheit das ab.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Die Rad-WM wird viel kritisiert. Was hier vorgeschlagen wird, ist doch genau die Lösung, damit es nicht mehr so läuft wie damals. Ich habe immer bemängelt, wie absurd es ist, für eine Veranstaltung drei Leute anzustellen, nur um sie nach zwei Jahren wieder zu entlassen. Hier wird eine fixe Stelle geschaffen, mit der sich der Stadtrat Know-how aufbauen kann. So gehen wir sicher, dass zukünftige Grossveranstaltungen besser funktionieren. Wird die Stelle gestrichen, wehren wir uns gegen alles, was wir vom Stadtrat und Präsidialdepartement verlangen, nämlich kohärente konzeptionelle Überlegungen. Mit dieser Stelle stärken Sie die Stadt in jeder Verhandlung.

Yasmine Bourgeois (FDP): Wer heute in der Stadt eine kreative Idee für eine Veranstaltung, aber keinen Koordinationsverantwortlichen hat, muss sich mit zahlreichen Ämtern und Stellen herumschlagen, die intern nur schlecht koordiniert sind. Das kostet Veranstalter viel Zeit, Nerven und Geld. Eine Ansprechperson, die die Koordination übernimmt, erachten wir deshalb als sehr sinnvoll. Das hat sich in letzter Zeit bewährt. Aber Grossveranstaltungen scheitern in Zürich auch an den ideologischen Hindernissen, die vom Gemeinderat propagiert werden. Das Züri Fäscht, eine Tradition, die jahrelang Millionen von Besuchern angelockt und der Bevölkerung grosse Freude bereitet hat, wurde



so zerstört. Damit kreative Initiativen nicht mit noch mehr unnötigen Hürden zu kämpfen haben, unterstützen wir den Antrag nicht. Ich empfehle, einen Stadtpräsidenten zu wählen, dessen Puls nicht in die Höhe schnellts, wenn man der Bevölkerung etwas Freude bereiten will – und ein bürgerliches Parlament, das Veranstaltungen nicht verunmöglicht.

Moritz Bögli (AL): Ausgerechnet die Parteien, die sonst darauf pochen, dass der Staat sich zurückhalten und den Privaten das Feld überlassen solle, werfen ihre Grundsätze über Bord, wenn es um ihr geliebtes Züri Fäscht, das Sechseläuten oder eine grosse Sportveranstaltung geht. Wir haben schon über das Chaos gesprochen, das die Rad-WM verursacht hat. Am einfachsten wäre das zu umgehen gewesen, wenn sie nicht stattgefunden hätte. Aus den vielen genannten Gründen ist für uns klar, dass es nicht erstrebenswert ist, noch mehr Grossveranstaltungen in Zürich durchzuführen. Wenn, dann sollen Private diese veranstalten, ohne dass der Staat Geld aufwenden muss.

Johann Widmer (SVP): Ihr werdet staunen: Wir sind uns wieder einmal mit der AL einig. Das privat organisierte Züri Fäscht habt ihr mit unsinnigen und wahnwitzigen Auflagen ruiniert. Jetzt wollt ihr doch noch ein Fest. Aber es muss nach eurem Geschmack sein: nur veganes Essen, klimaneutrale Schausteller und auf keinen Fall Schokobananen. Nur vorbildliche Entsorgungskonzepte und Umerziehungsmassnahmen für die Bevölkerung und Besucher. Ein solches Fest braucht Zürich nicht. Daher brauchen wir auch keine Projektleitung. Wenn ihr ein Fest wollt, sollen Private es organisieren. Grosse Feste übersteigen wohl die Kapazität und das Know-how der Stadtverwaltung. Zudem ist Eventorganisation keine Staatsaufgabe. Überlasst das den Privaten.

Urs Riklin (Grüne): Leah Heuri (SP) hat die Olympischen Spiele 2038 angesprochen. Wir hören zum ersten Mal, dass Zürich sich dafür bewerben soll. Einerseits muss man sich fragen, ob die Vorbereitung dafür wirklich 14 Jahre dauert. Andererseits sollte man, bevor man eine Stelle dafür schafft, die Bevölkerung fragen, ob sie die Olympischen Spiele überhaupt will. Zürich kann das gar nicht alleine bewältigen. Zuerst muss sich der Bund verpflichten. Dann kann Zürich sich für eine potenzielle Kandidatur engagieren. Wenn der Bund nicht bereit ist, zu investieren, müssen wir gar nicht damit beginnen.

Stefan Urech (SVP): Moritz Bögli (AL) hat Recht. Die FDP befindet sich auf dem Holzweg. Ihr habt Projektleiter von Grossveranstaltungen in euren Reihen, zum Beispiel Albert Leiser, der über Jahre das Züri Fäscht mitgetragen hat, oder Pärparim Avdili (FDP) mit dem Alba-Festival. Jetzt versalzen uns die Linken mit ihren Vorschriften die Suppe. Die Antwort kann nicht sein, dass die Stadt mehr Grossveranstaltungen durchführt, die von staatlichen Projektleitern geplant werden. Vielleicht könnt ihr euch umentscheiden.



32 / 33

S. 162	15 1561 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Projektstab Stadtrat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
022.	Antrag Stadtrat				1 067 100 Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
			150 000		917 100 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Tanja Maag (AL), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP)
		Begründung:	Keine neue Stelle «Projektleiter grosse Veranstaltungen». Es braucht keine eigene Stelle für die Organisation von Grossanlässen wie dem Züri Fäscht oder anderen Grossveranstaltungen. Auf solche Grossanlässe soll verzichtet werden, da sie den ökologischen Zielen der Stadt widersprechen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 023.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Haselbach (Die Mitte): Im Budget 2026 sind für die Abteilung Statistik Stadt Zürich (SSZ) zwei neue Stellen im Bereich Data Engineering und Data Science vorgesehen. Aktuell verfügt SSZ über 28,3 Stellen. Den bereits angestellten Personen sollten Data Engineering und Data Science bekannt sein; es gibt schon Personen, die sich damit beschäftigen. Zusätzlich sind interne Rotationen und Weiterbildungen möglich, wofür SSZ ein gut dotiertes Konto hat. Mit dem Antrag wollen wir die Erhöhung des Stellenplans auf eine Person beschränken, was einer Erhöhung um 3,5 Prozent entspricht.

Leah Heuri (SP): Dieser Antrag, der die Stellen im Bereich Data Engineering und Data Science bei Statistik Stadt Zürich streichen will, geht an der Realität einer modernen demokratischen Stadtverwaltung vorbei. Es würde die Stadt genau dort schwächen, wo wir jetzt stark sein müssen: Transparenz, Datenzugang und die Notwendigkeit, soziale und politische Entwicklungen sichtbar zu machen. Diese zusätzlichen Aufgaben entstehen, weil SSZ zum zentralen Knotenpunkt im städtischen Datenökosystem wird und werden muss. Die Stadt will den Datenkatalog, das Data Warehouse und die Datenstrategie stark erweitern. Diese Stelle ist kein hübsches Accessoire, sondern Teil der Grundlage



33 / 33

der demokratischen Kontrolle. SSZ übernimmt zentrale Aufgaben im Bereich Open Government Data. Dazu gehören die Aufbereitung, Anonymisierung und Veröffentlichung von Daten. Das ist ein demokratisches Projekt und ermöglicht Forschung, Medienrecherchen und öffentliche Debatten. Wer hier kürzt, nimmt der Stadt wichtige Ressourcen, um Transparenz und damit eine sachliche Entscheidungsgrundlage im politischen Projekt zu stärken. Wollen wir verstehen, wie sich Wohnungsmarkt, Mobilität und soziale Ungleichheit entwickeln, brauchen wir zugängliche und vergleichbare Daten.

S. 167	15 1575 3010 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Statistik Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
023.	Antrag Stadtrat				4 332 900 Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			100 000		4 232 900 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	1 Stelle streichen, interne Rotation soll das Erfüllen aller Aufgaben ermöglichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 169, Beschluss-Nr. 5539/2025)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat